

## REFINALE

### Was leistet die Forschung für die Praxis – was fordert die Praxis von Forschung und Politik?

Podiumsgespräch auf der Fachtagung „Die Flächensparer“  
29.6.2012, ufa Fabrik Berlin



Foto: NABU/Bildschön

Teilnehmer (v. l. n. r.): Klaus Lütkefедder, Bürgermeister Verbandsgemeinde Wallmerod; Christina von Seckendorff, Bayrisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit; Peter Fritsch, Bundesumweltministerium; Moderator Jörg-Andreas Krüger, NABU; Dr. Stephanie Bock, Deutsches Institut für Urbanistik; Lothar Gröschel, Agentur GröschelGeheebResponsibleBranding

Ein positives Resümee zu dem in diesem Jahr auslaufenden Forschungsprogramm REFINA zogen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsdiskussion. So unterschiedlich der Blickwinkel – Kommune, Land, Bund, Forschung oder mit dem Thema befasste Kommunikationsagentur – so einig waren sich alle in einem Punkt: REFINA hat eine Fülle an Instrumenten und guten Beispielen hervorgebracht, die es jetzt zu bündeln und weiter anzuwenden gilt. „Dranbleiben, jede/r an seinem /ihrem Platz – und dabei die entstandenen Netzwerke nutzen“, fasste Christina von Seckendorff das „Wie weiter?“ zusammen.

Im Kern der Diskussion standen folgende Fragen: Welche Forschungsergebnisse sind in der kommunalen Praxis von Nutzen? Wie kann das komplexe Thema „Innen- vor Außenentwicklung“ so kommuniziert werden, dass die Botschaft auch vor Ort ankommt und überzeugt? Welche Anreize wirken wirklich? Wie können Bund und Länder die Kommunen beim Flächensparen unterstützen?

Nach Ansicht von Stephanie Bock hat REFINA als praxisorientiertes Forschungsprogramm sowohl für die strategische Ausrichtung als auch für die praktische Umsetzung auf kommunaler Ebene wertvolle Argumente und Instrumente geliefert, z.B. in punkto Kostentransparenz: „Vor Refina haben nur Insider das Thema Flächensparen mit Kostendiskussion verbunden. Refina hat gezeigt: Die gefühlte Realität – etwa was die Folgekosten neuer Siedlungsgebiete betrifft – stimmt mit der Realität nicht überein.“

Dies in den Kommunen überzeugend darzustellen, ist die eigentliche Kunst. „Was ich nicht in fünf Sätzen erklären kann, bekommt im Gemeinderat keine Mehrheit“, weiß Bürgermeister Klaus Lütkefедder aus Erfahrung. Aber: „Alles, was sich rechnet, wird umgesetzt.“ Daher setzt er auf einfache, klare Ansagen und monetäre Anreize, beispielsweise „sollten Kommunen, die Flächen sparen, durch leichteren Zugang zu Fördermitteln belohnt werden.“

Dagegen rät Kommunikationsprofi Lothar Gröschel, sich der Komplexität bewusst zu stellen: „Analog zum Wasser- und Energieverbrauch sollten wir durchaus auch vom Flächenverbrauch sprechen. Damit könnten sich Städte und Gemeinden gerade gegenüber Verbrauchern, die auf der Suche nach Wohn-Alternativen und dem Besonderen sind, als „Flächensparkkommune“ – analog zu Energiesparkkommunen – profilieren.“ Wichtig sei es, den lokalen Bezug herzustellen und die abstrakte Fläche als Landschaft, Boden oder Heimat zu benennen. Eine Dachmarke für lokale Aktionen nach dem Vorbild der vom BMU initiierten „Woche der Sonne“ sei auch zum Flächenthema sinnvoll.

Keinen Anklang auf dem Podium fand der Vorschlag aus dem Publikum, Leerstands-Management und Baulückenkataster zur kommunalen Pflichtaufgabe zu machen und damit auch in finanzschwachen Kommunen Priorität zu verleihen. „In Bayern setzen wir lieber auf Überzeugungsarbeit denn auf Zwang“, unterstrich Christina von Seckendorff. Beispielsweise mit einer aussagekräftigen Wanderausstellung zum Thema, die bereits an zahlreichen Orten gezeigt wurde. „Wir müssen die Kommunen unterstützen. Entscheidend ist das Gespräch vor Ort, mit den Bürgermeistern. Kommunikation ist alles.“ Daher sei es auch besonders wichtig in lokale „Kümmerer“ zu investieren. „Ein Flächenmanager, der in der Gemeinde kontinuierlich und aktiv für das Thema eintritt, bewirkt mehr als Fördergelder.“

Richtungsweisend könnte nach Meinung von Peter Fritsch auch ein „Bürgermeister-Coaching“ im Stile einer kollegialen Beratung sein, wie es gerade im Modellprojekt „Chefsache Innenentwicklung“ in Baden-Württemberg mit Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen aus 20 Kommunen erprobt wurde. Das Bundesumweltministerium seinerseits setzt auf den Handel mit Flächenzertifikaten auf der Basis von „Flächenverbrauchskonten“ pro Gemeinde, um das 30-Hektar-Ziel bis 2020 durchzusetzen. „Wir wollen zunächst diese oberste Grenzmarke für das Bundesgebiet sichern.“ Etwaige Vorrats-Ausweisungen der Kommunen könnten verhindert werden, indem der Stichtag für die Bestandsaufnahme in die Vergangenheit gelegt werde. Dagegen sei die vielfach geforderte „Grundsteuer C“ für ungenutzte innerörtliche Baugrundstücke zwar ein sinnvolles Instrument, die dazu nötige Steuerreform aber ein „zähes Aktionsfeld“.

Auf jeden Fall hilft das 30-Hektar -Ziel, das Thema auch auf der regionalen Ebene zu kommunizieren. Einen erfolversprechenden Mittelweg zwischen kommunaler Freiwilligkeit und staatlicher Restriktion sieht Stephanie Bock denn auch in der Regionalplanung – wenn sie denn ernst genommen und umgesetzt wird. Tatsächlich müssen in Baden-Württemberg nach Vorgaben der Landes-/und Regionalplanung bereits wieder Flächen aus dem Flächennutzungsplänen herausgenommen werden.

Klar ist: Auf allen Ebenen ist der politische Wille entscheidend. Und: Nachhaltiges Flächenmanagement betrifft als Querschnittsthema alle Ressorts, beispielsweise die für die Städtebauförderung zuständigen Baubehörden oder die Sozialministerien, z.B. wenn es um die Nahversorgung für Senioren geht. Daher gilt es, das Thema Flächenverbrauch im jeweiligen Kontext zu diskutieren und zu vertiefen. Für die Podiumsgäste heißt das konkret:

Während das Difu weiter an den Schnittstellen, beispielsweise an der Vernetzung zum Klimaschutz arbeitet, und das BMU für ein Modellvorhaben zum Flächenhandel – Motto: „Flächenverbrauch ist Zukunftsverbrauch“ – interessierte Kommunen sucht, richtet sich in Bayern der Fokus verstärkt auf die Bestandsgebiete, insbesondere die im Umbruch befindlichen Siedlungen der 50/60er Jahre. Für Lothar Gröschel heißt der nächste Schritt, die Kommunikationsinstrumente aus REFINA für bereits aktive Kommunen praxisorientiert aufzubereiten und anzubieten; und auch für Klaus Lütkefedder ist das Ende des Projekts zugleich ein Anfang: Er wird die Zusammenarbeit mit seinen beiden Bürgermeisterkollegen und Projektpartnern aus Oberfranken und Niedersachsen auf jeden Fall fortführen, denn: „Dieser Informationsaustausch bringt uns dauerhaft weiter.“